

Von: newsletter@swoe-kv.at
Gesendet: Dienstag, 23. April 2019
Betreff: Newsletter April 2019

SOZIALWIRTSCHAFT ÖSTERREICH NEWSLETTER

April 2019

Sehr geehrte Leserin, sehr geehrter Leser!

Auch diesen Monat informieren wir Sie wieder gerne über aktuelle Entwicklungen und interessante Neuigkeiten aus der Sozial- und Gesundheitsbranche.

Folgen Sie uns auch auf [Facebook](#) – dort halten wir Sie tagesaktuell auf dem Laufenden!

ÖSTERREICH

SWÖ-KV: Satzung erfolgt, Erläuterungen zum SWÖ-KV 2019 erschienen

Am 16. April wurde der SWÖ-Kollektivvertrag -wie in den vergangenen Jahren- vom Bundeseinigungsamt gesetzt. Damit gilt er -mit Ausnahme des Bereichs Kinderbetreuung- auch für jene Betriebe in der Branche, die keinem Kollektivvertrag unterliegen. Aufgrund der längeren Verhandlungen gilt der [Satzungsbeschluss](#) heuer ab 1.3.2019.

Erstmals haben die Sozialwirtschaft Österreich und die Gewerkschaften (GPA-djp, vida) gemeinsame Erläuterungen zu den in den KV-Verhandlungen vereinbarten Ergebnissen und Neuerungen für den SWÖ-KV 2019 erstellt. Dies soll eine möglichst einheitliche Auslegungspraxis sicherstellen. Der [Download](#) der Publikation ist auf der Website der SWÖ abrufbar.

Sozialhilfe: Beschlussfassung am Donnerstag von Protesten begleitet

Das **Sozialhilfe-Grundsatzgesetz**, mit dem eine Nachfolgeregelung für die ausgelaufene Art.15 a-Vereinbarung zur Bedarfsorientierten Mindestsicherung geschaffen werden soll, steht am Donnerstag, dem **25.4. auf der Tagesordnung des Nationalrates** und dürfte dort wohl auch beschlossen werden.

Den zahlreichen **Bedenken**, die im Begutachtungsverfahren vorgebracht wurden, wurde nur in einigen wenigen Punkten Rechnung getragen, zuletzt wurde noch gegenüber der Regierungsvorlage eine Klarstellung im Bereich der Behandlung von Spenden in Aussicht gestellt. Neben den öffentlich diskutierten strittigen Punkten wie Höchstsätze statt Mindeststandards, degressive Kinderrichtsätze, Deckelung für Wohngemeinschaften etc. gibt es noch viele **ungelöste Auslegungsfragen** und Schwierigkeiten bei der **organisatorischen Umsetzung** in den Bundesländern. Manche der Probleme hätten mit einem breiten Stakeholder- und Expertendialog, wie er seinerzeit vor der Einführung der Mindestsicherung stattgefunden hat, entschärft werden können.

SWÖ-Vorsitzender Erich Fenninger hat in seiner Funktion als Volkshilfe-Geschäftsführer in der letzten Woche unter dem Motto [#aufdiestrasse](#) noch eine **Protesttour** durch ganz Österreich organisiert um den politischen Druck "mit und für die Betroffenen" zu erhöhen.

Weitere detaillierte Informationen zu Mindestsicherung und Sozialhilfe finden Sie auf unserer [Website](#).

Hilfstätigkeiten für Asylwerber: NGOs nicht berücksichtigt

Das **Grundversorgungsgesetz** sieht vor, dass Asylwerber und Fremde, die in einer Betreuungseinrichtung von Bund oder Ländern untergebracht sind, mit ihrem Einverständnis für gemeinnützige Hilfstätigkeiten für Bund, Land, Gemeinden und Gemeindeverbände sowie Nichtregierungsorganisationen eingesetzt werden können. In der bis gestern in Begutachtung stehenden Verordnung des Innenministeriums **kommen Nichtregierungsorganisationen** allerdings **nicht vor**. Die Sozialwirtschaft Österreich fordert in ihrer Stellungnahme die Aufnahme von Regelungen zur Beschäftigung von Asylwerber/innen für gemeinnützige Hilfstätigkeiten in Nichtregierungsorganisationen bzw. gemeinnützigen Organisationen in die geplante Verordnung. Hinsichtlich der geplanten Stundenbegrenzung von Euro 1,50 appelliert die SWÖ, dass der Bundesminister für Inneres auf seine diesbezügliche Ermächtigung nach dem Grundversorgungsgesetz verzichtet und **keine Höchstgrenzen** normiert werden.

Kinder- und Jugendhilfe: Art.15 a-Vereinbarung von Regierung genehmigt

Der **Übergang der Kinder- und Jugendhilfe von Bundes- in Länderkompetenz** wurde bereits im Dezember des Vorjahres beschlossen. Gültig wird dieser Kompetenzwechsel jedoch erst mit einer entsprechenden **Art.15 a-Vereinbarung**. Diese Bund-Länder-Vereinbarung soll gewährleisten, dass das bisherige Schutzniveau aufrecht bleibt und der Standard – auf der Grundlage neuer wissenschaftlicher Erkenntnisse – auch weiterentwickelt wird. Genau das war den KritikerInnen der „Verlängerung“ wichtig, auch die Sozialwirtschaft Österreich hatte in einer Stellungnahme vor einem Auseinanderdriften der Standards und einem Qualitätsverlust gewarnt. Der neue Bund-Länder-Deal wurde Anfang April im Ministerrat genehmigt und nun dem Nationalrat zur Beschlussfassung übermittelt. [Hier](#) finden Sie alle Unterlagen dazu.

Gesundheits- und Krankenpflegegesetz (GuKG): Evaluierung startet

Gemeinsam mit der Novellierung des Gesundheits- und Krankenpflegegesetzes (GuKG) wurde auch eine **begleitende Evaluierung** und die Erstellung eines Fortschrittsbericht bis 2020 vereinbart. Im Mittelpunkt der Evaluierung steht die Umsetzung der Bestimmungen bis 31.12.2023. Den **Auftakt** dazu bildete nun eine Veranstaltung im Auftrag des BMASGK, die am 9. April in Wien stattfand. Dort wurden nicht nur der gesetzliche Rahmen der Evaluierung und das Evaluationskonzept erläutert, sondern auch eine erste Zwischenbilanz zur Umsetzung der Novelle versucht, wobei bisher noch kaum Erfahrungswerte vorliegen. Die Evaluierung wird von der **Gesundheit Österreich GmbH** durchgeführt.

Europäische Bürgerinitiative „Housing for All“ gestartet

Wohnen ist in vielen Städten Europas für breite Bevölkerungsschichten kaum mehr erschwinglich. Aus diesem Grund wurde die **europäische Bürgerinitiative „Housing for All“** gestartet. Gefordert werden von der EU bessere Rahmenbedingungen für bezahlbares und soziales Wohnen (z.B. keine Anwendung der Maastricht-Kriterien auf öffentliche Investitionen in sozialen Wohnbau). Die Initiative kann bis am 18. März 2020 unterzeichnet werden. Mehr Informationen finden Sie auf www.housingforall.eu.

RECHT

Karfreitag – der „persönliche Feiertag“

Mit einem Urteil des EUGH wurde die auf Angehörige bestimmter Religionsgemeinschaften (insbes. Angehöriger evangelischer Kirchen) zugeschnittene Feiertagsregelung am **Karfreitag** als diskriminierend aufgehoben. Unter verschiedenen rechtlich denkbaren Möglichkeiten haben sich die Regierungsparteien letztlich für die Lösung mit einem **„persönlichen Feiertag“** entschieden, ein Begriff der dem österreichischen Recht bislang unbekannt war. Da diese neue Regelung viele Fragen aufwirft, haben wir uns die Bestimmungen und die ersten juristischen Kommentare -insbesondere auf ihre Anwendung in der Praxis- genauer angesehen und einen Überblick erstellt ([SWÖ-aktuell 5/2019](#)).

VfGH entscheidet: Kein Pflegeregress für Menschen mit Behinderung

Seit 1. Jänner 2018 ist der **Pflegeregress** Geschichte. Den Ländern ist es untersagt, „im Rahmen der Sozialhilfe“ auf das Vermögen von in stationären Pflegeeinrichtungen aufgenommenen Personen zur Abdeckung der Pflegekosten zuzugreifen. Der Verfassungsgerichtshof (VfGH) hat nun endgültig geklärt, dass alle Landesgesetze, die diesem Verbot entgegenstanden, zu diesem Zeitpunkt außer Kraft traten und dass diese Regelung alle Pflegeleistungen erfasst – egal, ob der **Pflegebedarf altersbedingt oder aufgrund einer Behinderung** vorliegt. [Hier](#) finden Sie die Informationen des VfGH im Wortlaut.

VERANSTALTUNGEN

Rückblick auf die EU-Diskussionsveranstaltung „Unsere Stimme zählt!“

Am 8. April lud das Bündnis für Gemeinnützigkeit – die Sozialwirtschaft Österreich ist eines seiner Gründungsmitglieder – anlässlich der Europa-Wahl am 26. Mai 2019 zur Diskussionsveranstaltung **Unsere Stimme zählt! Die europäische Zivilgesellschaft sucht den Dialog**. Auf dem Podium saßen VertreterInnen von sechs Parteien (SPÖ, ÖVP, Grüne, NEOS, FPÖ und Initiative 1 Europa/JETZT). Die Leitfrage der Veranstaltung: Wie sieht der Dialog zwischen den europäischen Institutionen und der Zivilgesellschaft aus und welchen Gebrauch machen beide Seiten davon? Die Diskussion drehte sich um drei Themenfelder: Politisches Klima/ Wertschätzung gegenüber der Zivilgesellschaft; Dialog/ Partizipation und Gemeinnützigkeit/ Rahmenbedingungen des 3. Sektors. [Hier](#) finden Sie eine Nachlese zu den genauen Inhalten der Diskussion.

Aviso: Branchenkonferenz der Sozialwirtschaft Österreich am 10. Oktober 2019

Unsere diesjährige Branchenkonferenz findet am **10. Oktober 2019 am Erste Campus in Wien** statt. Bitte halten Sie sich diesen Termin frei, wir freuen uns auf Sie!

SOZIALWIRTSCHAFT ÖSTERREICH: INTERN

Unser Vorstand: Abschiede & neue Mitglieder

Bei unserer letzten Vorstandssitzung am 2. April durften wir zwei neue Vorstandsmitglieder begrüßen: **Tanja Wehsely** übernimmt die Agenden von **Otto Knapp** (Volkshilfe Wien), [Susanne Maurer-Aldrian](#) jene von **Donat Schöffmann** (Lebenshilfen Soziale Dienste GmbH). Wir danken unseren langjährigen Vorstandsmitgliedern ganz herzlich für ihr Engagement und ihre vielen Impulse für die Branche!

Mit freundlichen Grüßen

Erich Fenninger, Vorstandsvorsitzender
Walter Marschitz, Geschäftsführer

KONTAKT

Haben Sie Anliegen, Wünsche oder Anregungen? Wir stehen Ihnen gerne zur Verfügung!

SOZIALWIRTSCHAFT ÖSTERREICH

Apollogasse 4/8, 1070 Wien
Tel.: +43 (1) 353 44 80
Fax: +43 (1) 353 44 80-9
E-Mail: office@swoe.at
Website: www.swoe.at

Wenn Sie den **Newsletter** abbestellen oder an eine andere Adresse zugeschickt haben möchten, senden Sie uns bitte ein E-Mail an newsletter@swoe-kv.at.

to unsubscribe to this newsletter klick the following link
[unsubscribe](#)